

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 15 (1974)
Heft: 4

Artikel: Wer soll das bezahlen? : Das kleine Kuba, die grosse Sowjetunion und der nützliche Westen
Autor: Max, Alphonse
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1095173>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 06.03.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Das kleine Kuba, die grosse Sowjetunion und der nützliche Westen

Wer soll das bezahlen?

Von Alphonse Max, Montevideo

Breschnews Besuch auf Kuba hatte seine Logik. Im Laufe der letzten fünf Jahre hat das Land seine frühere «nationalkommunistische» Gebärde restlos abgelegt und ist dem Sowjetlager immer systematischer einverleibt worden; seit zwei Jahren gehört es ja auch formell dem RGW an. In den kubanischen Streitkräften sind alle Stäbe vom Bataillon an aufwärts mit sowjetischen Beratern durchsetzt. Dem entspricht die wirtschaftliche Abhängigkeit. Die UdSSR kauft den kubanischen Zucker billig ein und verkauft ihn teuer weiter. (Das gleiche machte sie freilich auch mit amerikanischem Getreide; Italien zahlte aus polihändlerischen Ueberlegungen die Differenz.) Doch kommt der Sowjetunion ihre Rolle als Generalinvestor teuer zu stehen: Kuba schuldet ihr insgesamt schon über drei Milliarden Dollar. Aber warum sollte Moskau denn seine politische Dominanz auf der Insel selber zahlen? Dafür hat man doch den Westen. Und um die Anwendung dieser westlich ermunterten sowjetischen Logik geht es jetzt auf Kuba.

Dass die wirtschaftliche Lage in Kuba sich von Jahr zu Jahr verschlechtert, ist schon daraus zu erkennen, dass der finanzielle Beitrag, den die Sowjetunion zur Aufrechterhaltung des Castro-Regimes leisten muss, von weniger als 1 Million auf mehr als 2 Millionen Dollar täglich angestiegen ist. Grund dieser miserablen Wirtschaftslage ist gemäss Fidel Castro die Tatsache, dass «die Kubaner noch nicht reif sind, um unter dem

Kommunismus zu leben...». «Es gibt viele Beispiele, die beweisen, dass wir noch nicht so weit sind, um im Kommunismus zu leben», sagte Castro in einer Ansprache vor der Vereinigung kubanischer Arbeiter.

Schon wieder «jetzt ehrlich sein»

«Wir müssen uns selbst gegenüber in dieser Hinsicht ehrlich sein... so dass wir unsere Fehler

und Unvollkommenheiten erkennen und bekämpfen können.» Er hob weiter hervor, dass dieses Problem nur durch das Verständnis überwunden werden könne, dass das marxistische Prinzip «jedem nach seiner Fähigkeit, jedem nach seinem Bedürfnis» auf ein sozialistisch-revolutionäres Land wie Kuba noch nicht anwendbar sei. «Diese Grundthese der sozialistischen Gesellschaft ist utopisch, idealistisch und im heutigen Kuba undurchführbar», fügte Castro hinzu.

Nach Castros Standpunkt nimmt der Sozialismus als Revolutionsprozess jetzt die These an, dass jeder nach seiner Fähigkeit geben muss, aber auch im Verhältnis zu seiner Leistung empfängt. Folglich können die Kubaner erwarten, dass eine Reihe Aenderungen eingeführt werden. Fidel Castro gab zu, dass die kubanischen Beamten allzu schnell die idealistische Philosophie des Marxismus angewandt haben, was zu vielen Ungerechtigkeiten und Fehlern geführt habe. Er betonte, dass er sich vom Kommunismus nicht entfernen wolle, sondern Fehler der Vergangenheit korrigieren müsse, «weil wir Sozialisten sind und weil wir Kommunisten werden sollen». Als Beispiel führte der Ministerpräsident die Löhne mancher Arbeiter an, den Missbrauch und unmässigen Konsum der öffentlichen Dienste, wie Wasser und elektrischer Strom, sowie die rücksichtslose Benutzung des öffentlichen Transportwesens.

«Zu viele Personen bringen keine befriedigende Leistung auf, erwarten aber trotzdem den gleichen Lohn wie jene, die härter und länger arbeiten», unterstrich Castro weiter.

Castro: «Die Kapitalisten hatten besser gewirtschaftet»

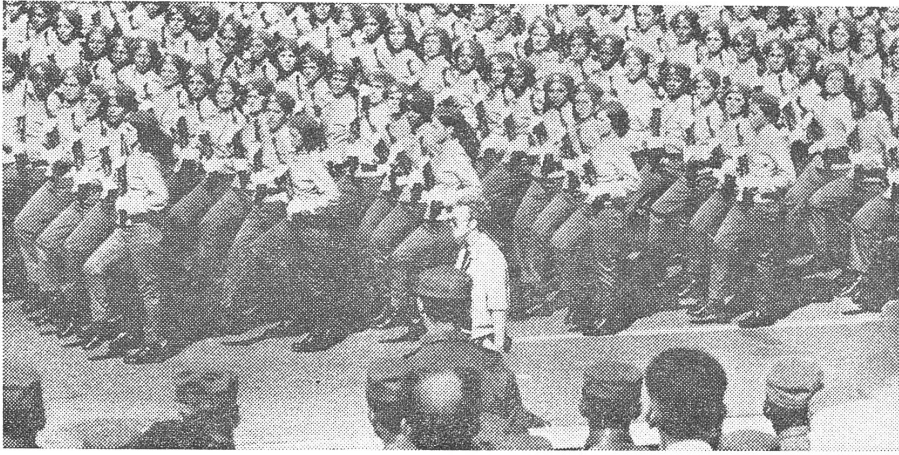
Im Zuge seiner neuen Linie, Unfähigkeit und Vergeudung aufzudecken, gab er in ungewohnter Weise noch einen folgeschweren Missstand zu. Er wies darauf hin, dass für dieselbe Arbeit in den Zuckerfabriken jetzt mehr Arbeiter notwendig seien als zur Zeit der «nordamerikanischen Eigentümer» vor Castros Machtübernahme im Januar 1959:

«Es ist bewiesen, dass wir mehr Arbeitskräfte einsetzen als seinerzeit die Kapitalisten beim Betrieb der Fabriken und dass wir weniger leistungsfähig sind als diese», sagte er. «Die Schuld liegt bei uns, weil wir nicht imstande waren, eine Verwaltungseffizienz zu entwickeln, die zumindest den Stand der kapitalistischen erreicht», schloss Castro.

Andererseits hat Fidel Castro seine alte Absicht, «die Revolution zu exportieren», nicht nur nicht vergessen, sondern deutlicher denn je zum Ausdruck gebracht. Bei der Militärparade in Havanna vom 1. Januar, dem 15. Jahrestag der castristischen Machtübernahme, wo Tausende streng disziplinierter Soldaten des kubanischen «Volksheeres» aufmarschierten und das moderne und mannigfaltige Rüstungsmaterial vorgeführt wurde, das die Sowjetunion Kuba «unentgeltlich zur Verfügung gestellt hat», hielt Fidel Castro wie üblich eine lange Rede. Sie enthielt seine wohl-bekannten Anpöbelungen und Injurien für alles, was mit Kapitalismus und westlicher Welt zu tun hat. Ausserdem sagte Castro ausdrücklich, dass er bereit sei, Kämpfer und Kriegsmaterial in jedes lateinamerikanische Land zu entsenden, «das sie benötigt», um die «Revolution» zu stärken.



Fidel Castro mit Burschen und Blumen.



Marschierende Jugend bei Parade in Havanna.

Der Westen wird das schon subventionieren

Fast zur gleichen Zeit wurde in Buenos Aires ein Abkommen zwischen der argentinischen Regierung beziehungsweise den argentinischen Fiat-Werken und der kubanischen Regierung unterzeichnet, wonach Autos — vor allem schwere Lastwagen, Omnibusse und Traktoren — im Wert von 120 Millionen Dollar über drei Jahre an Kuba geliefert werden sollen. Die Filialen der nordamerikanischen Autofabriken Ford und General Motors weigerten sich ihrerseits, an dieser Transaktion teilzunehmen, da in den USA gültige Vorschriften den Handel mit Kuba verbieten. Nur die italienischen Fiat-Werke erklärten sich bereit, die gewünschten Fahrzeuge, wovon die Mehrzahl sich auch ausgezeichnet zur Ausrüstung der Streitkräfte eignet, zu liefern.

Die Unkorrektheit des kubanischen Regimes in der Einhaltung internationaler Abkommen, besonders was Zahlungen betrifft, ist bekannt und unterscheidet sich vom internationalen Finanzgebaren anderer kommunistisch regierter Staaten. Dass die Fiat-Werke trotzdem in dieses fragwürdige Geschäft eingestiegen sind, ist hauptsächlich auf den starken Einfluss zurückzuführen, den die Sowjets auf sie ausüben. Zum ersten ist im Hauptsitz der Fiat-Werke in Turin die Kommunistische Partei Italiens in jeder Hinsicht massgebend. Zum zweiten ist das italienische Unternehmen gänzlich auf das Wohlwollen Moskaus bezüglich der Fiat-Werke in Togliattigrad angewiesen — man darf nicht vergessen, dass Fiat die erste Autofabrik war, die sich nach dem Krieg in der Sowjetunion und später auch Polen sowie andern osteuropäischen Ländern niedergelassen hat. Unter sowjetischem Druck wird Fiat ganz bewusst den unvermeidlichen Millionenverlust, den das Kuba-Geschäft mit sich bringen wird, absorbieren müssen.

Aber nicht allein Autos, sondern auch verschiedene andere Waren — darunter vor allem Getreide — soll Argentinien 1974 und in den darauffolgenden Jahren an Kuba liefern: man spricht von einem Gesamtwert (Fiat-Produkte, Getreide usw.) in Höhe von 361 Millionen Dollar, für die langjährige Kredite gewährt werden. Diese höchst fragwürdige Operation, sowohl politisch als auch wirtschaftlich, stimmt zeitlich überein mit der Ausarbeitung des argentinischen «Dreijahresplanes», der von der IDB (Interamerikanische Entwicklungsbank) finanziert

wird. Bekanntlich sind die USA die wichtigsten Geldgeber in dieser interamerikanischen Organisation. Die IDB hatte anscheinend nichts dagegen einzuwenden, dass Argentinien einerseits Kredite von Hunderten von Millionen Dollar beansprucht und gleichzeitig einem so schlechten und gefährlichen Geschäftspartner wie Kuba — der ausserdem noch die politische Stabilität des ganzen Halbkontinents bedroht — Warenkredite für über 300 Millionen Dollar einräumt.

Artiger Schützling Breschnews

Es stellt sich daher die Frage, wer eigentlich Kubas wirtschaftliches Ueberleben und seine

politisch-militärische «Hilfe» in Lateinamerika mitfinanziert.

Als artiger Schützling Breschnews zeigte sich dafür Castro, als er zum erstenmal in vielen Jahren offen von seinem Willen sprach, sich den USA anzunähern. Bedingung sei, dass Washington die Wirtschaftsblockade aufhebe, die seit über zehn Jahren über Kuba verhängt ist; die nordamerikanische Flottenbasis von Guantanamo an der südöstlichen Küste Kubas bilde kein Hindernis für die Verhandlungen zwischen beiden Nationen. Anscheinend kann es sich das Comecon-Land Kuba sogar leisten, auf finanzielle Unterstützung aus den USA zu hoffen, vielleicht zuerst indirekt, wie durch die Lieferung von in Argentinien hergestellten General-Motors- und Ford-Wagen auf langjährigen Kredit und zu günstigen Preisen.

Es ist kein Zufall, dass Kuba sich in einer zunehmend bedrängten Wirtschaftslage befindet und dass das marxistische Regime des gestürzten chilenischen Präsidenten Allende ein völliges wirtschaftliches Fiasko war. Wenngleich es viele Leute nicht wahrhaben wollen, so ist es heute doch eine belegte Tatsache, dass die Wirtschaft in einem kommunistisch regierten Land nie so funktionieren kann wie in einem kapitalistischen, einschliesslich einem demokratisch-sozialistischen Land. In Lateinamerika, wo weit weniger Disziplin herrscht als beispielsweise in Europa, muss dieser Unterschied noch krasser zum Ausdruck kommen. Jahrelang mussten die Sowjets 1 Million Dollar täglich aufbringen, um das Castro-Regime in Kuba aufrechtzuerhalten; dann wurden es 1,5 Millionen, und nun sind es bereits über 2 Millionen Dollar. ■

Dokument

Fragen in Sanftmut

Offener Brief von Gläubigen der Ukrainischen SSR
an die Redaktion der Zeitschrift
«Nauka i religija» (Wissenschaft und Religion), Moskau

In der ukrainischen Zeitung «Christianskij golos», München, 25. Februar 1973, erschien dieser Text aus einem Brief, den wir auszugsweise wiedergeben. Er wurde selbstverständlich von der «Nauka i religija» nicht veröffentlicht. Danach schickten ihn die Verfasser zur Kenntnisnahme ins Ausland.

Sehr geehrte Redaktion,
Sehr geehrte Mitarbeiter der Zeitschrift!

Sie vertreten und formulieren das gesellschaftliche Denken unseres Landes in der Frage, die alle überaus interessiert: die Frage der Religion. Mit dieser Frage hängt zusammen, was den Menschen, seine persönliche Würde, den Sinn des Lebens, Ursprung und Ziel der ganzen Schöpfung sowie die grundlegenden Verhaltensnormen mehr als alles betrifft.

Wir finden, dass diese Frage einer allseitigen Erörterung würdig ist. Deshalb halten wir es für

sehr wünschenswert, dass auf den Seiten Ihrer Zeitschrift nicht nur Artikel von der Position des Atheismus, sondern auch von der Position des Glaubens erscheinen könnten.

Gewiss, das hängt in erster Linie von Ihrem guten Willen ab und davon, wie Sie die Notwendigkeit bewerten, die Menschen und ihre Gedanken aus erster Hand kennenzulernen; wie Sie jene elementare Wahrheit anerkennen, dass die Menschen ein und desselben Landes, welche ein Schicksal verbindet und welche gemeinsam für ihrer beider Zukunft und die Zukunft ihrer Kin-